

Fi²

Fraktion intern

Ausgabe 2
Juli 2024

75 Jahre
SPD
Fraktion im
Bundestag

Das Leben

leichter machen

**Politik für
die Fleißigen**

SEITE 6

**Unsere Erfolge
2023/2024**

SEITE 21

**Neustart der
Energiewende**

SEITE 22



ROLF MÜTZENICH
MDB
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Politik für die Fleißigen

Die Menschen sind verunsichert: durch die russische Aggression gegen die Ukraine, durch den Krieg in Gaza, durch Naturkatastrophen als Folgen des Klimawandels. Sie sorgen sich um ihre Familien, Verwandten und Freunde. Der weltweite wirtschaftliche Strukturwandel und die grundlegende Veränderung der internationalen Ordnung verstärken eine erkennbare Ratlosigkeit und Zukunftsangst.

Die Sorgen der Menschen verstehen wir, aber wir nehmen nicht hin, dass viel zu viele den Scheinantworten der Rechtspopulisten, Rechtsradikalen und linken Hasardeuren auf den Leim gehen.

Für uns darf und wird das nicht bedeuten, dass wir mit Populist:innen in einen Wettbewerb um möglichst einfache, aber gefährliche und unseriöse Antworten eintreten. Gleichwohl müssen wir die berechtigten Fragen der Bürger:innen ernst nehmen. Vor allem müssen wir klar machen, dass wir für die grundlegenden Herausforderungen unserer Zeit Lösungen haben und auch in

dieser Koalition viele davon umsetzen konnten.

Wir haben das Leben der Menschen, die täglich den Laden am Laufen halten und hart arbeiten, in den ersten drei Jahren dieser Legislatur mit vielen Maßnahmen und Entlastungen leichter gemacht. Wir machen Politik für die Fleißigen. Auf den Seiten in diesem Heft kann man deutlich sehen, was diese Koalition schon geleistet hat. Ob steuerliche Entlastungen, Rentenerhöhungen, Bafög-Reformen oder Investitionen in Kitas, Schulen und das Schienennetz – wir haben viel geschafft, um den Menschen unter die Arme zu greifen und ihnen ein gutes Leben möglich zu machen.

Nun ist es – auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion – gelungen, eine Einigung auf den Haushaltsentwurf vor der Sommerpause zu erreichen. Diese enthält zum Beispiel wichtige sozialdemokratische Kernforderungen wie Erhöhungen des Kindergeldes, des Sofortzuschlages, des Kinderzuschlages und die Fortführung des Qualitätsausbaus in der Kindertagesbetreuung. Sie enthält

auch die Zusage, dass die Stärkung der gesetzlichen Rente – der wichtigsten Altersvorsorge für Millionen Menschen – noch in diesem Jahr verabschiedet wird.

Mit diesem Haushaltsentwurf wird ein starkes Zeichen gesetzt: Wir investieren mutig in die Zukunft Deutschlands und stärken den sozialen Zusammenhalt.

Uns war es immer wichtig, dass die Ukrainehilfe, die notwendigen Verteidigungsausgaben und Zukunftsinvestitionen nicht gegen den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft ausgespielt werden. Zugleich geben wir wichtige Wachstumsimpulse und unterstützen die arbeitende Mitte der Gesellschaft.

Trotz aller schwierigen Herausforderungen machen wir einen guten Job. Wir haben viele Voraussetzungen für die Modernisierung des Landes geschaffen: Und genau da machen wir weiter: für ein modernes, gerechtes und soziales Land.

Euer und Ihr Rolf Mützenich

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Josephine Ortleb MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Flora Wisdorff, Stefan Hintermeier
Redaktionsschluss: 10. Juli 2024

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 227-513 34 · Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Dominique Mayer
Druck: Möller Pro Media GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:
Photothek (S. 3, 5, 22)

TITELTHEMA

Das Leben leichter machen

8 Entlastung für Arbeitnehmer:innen und Familien

Die gestiegenen Kosten für Energie, Lebensmittel und Mobilität sind für viele Bürger:innen zur Belastung geworden. Sie werden finanziell unterstützt.

9 Gleiche Chancen für alle Kinder

Allen Kindern und Jugendlichen wird die Teilhabe durch gute Schulen und Kitas ermöglicht.

10 Mehr Bafög für mehr Studis

Das Bafög wurde kräftig erhöht und deutlich mehr Menschen haben einen Anspruch auf Förderung.

11 Ein Recht auf Ausbildung

Eine Ausbildungsgarantie unterstützt junge Menschen auf dem Weg ins Berufsleben, Beschäftigten wird geholfen, sich weiterzubilden für die Arbeit von morgen.

12 Günstig reisen mit der Bahn

Mit dem Deutschlandticket und Investitionen in den Fernverkehr wird die Mobilität erleichtert.

13 Mindestlohn erhöht

Der gesetzliche Mindestlohn wurde zum 1. Oktober 2022 auf zwölf Euro angehoben. Davon haben mehr als sechs Millionen Menschen profitiert.

14 Die Renten steigen

Seit Mitte 2023 gilt ein gleich hoher Rentenwert in Ost und West. Außerdem wird dafür gesorgt, dass das Rentenniveau langfristig stabil bleibt.

16 Bessere Krankenhäuser

Die Krankenhausreform wird die Qualität der Behandlungen verbessern und das Personal in den Krankenhäusern entlasten.

18 Mehr Chancen mit dem Bürgergeld

Das Bürgergeld gibt Menschen in schwierigen Lebenssituationen bessere Chancen auf gute Arbeit.

20 Digitalisierung für alle

Jede:r Bürger:in soll unkomplizierten digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen erhalten. Zudem wird die digitale Infrastruktur massiv ausgebaut.

15 Bezahlbares Wohnen

Der soziale Wohnungsbau wird gefördert, außerdem wurde das Wohngeld erhöht und zudem der Empfängerkreis vergrößert.

17 Gute Pflege

Um Pflegebedürftige zu entlasten und die Pflegeversicherung auf solide finanzielle Füße zu stellen, wurde eine Pflegereform auf den Weg gebracht.

19 Wir gehören zusammen

Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht wird die Einbürgerung erleichtert – ein starkes Signal an Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte.

21 Unsere Erfolge 2023/2024

Seit letztem Sommer hat die Ampel-Koalition vieles auf den Weg gebracht.



22 Eine epochale Wende

Die Energiewende ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte – Von Nina Scheer

Das Leben

leichter

machen

Uns geht es um die Fleißigen. Es geht uns um die, die arbeiten gehen und unser Land am Laufen halten. Es geht uns um Familien und diejenigen, die sich um Erziehung und Pflege kümmern oder sich ehrenamtlich engagieren. Und es geht uns um diejenigen, die nach einem Leben voller Arbeit ihren verdienten Ruhestand genießen. All diese Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft wollen wir im Alltag besser unterstützen und ihnen das Leben leichter machen.

Entlastung für Arbeitnehmer:innen und Familien

Bei den Kosten im Alltag unterstützen

Die gestiegenen Kosten für Energie, Lebensmittel und Mobilität sind für viele Bürger:innen zur Belastung geworden. Sie werden im Alltag finanziell unterstützt, damit sie gut zurecht kommen.

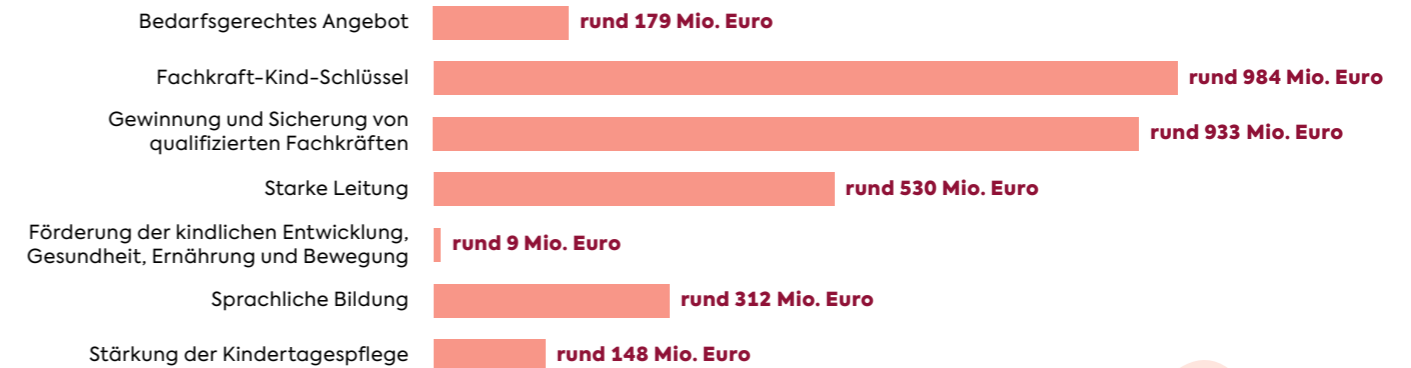
- Das Kindergeld ist ab Januar 2023 von 219 Euro (für das erste und zweite Kind) bzw. von 225 Euro (für das dritte Kind) auf jeweils 250 Euro monatlich gestiegen. Für das Jahr 2025 ist ein weiterer Erhöhungsschritt geplant. Auch der Kinderfreibetrag und der Ausbildungsfreibetrag wurden mehrfach angehoben, zuletzt im Januar 2024.
- Der Kinderzuschlag für Eltern mit geringem Einkommen ist ab Januar 2023 auf bis zu 250 Euro monatlich und ab Januar 2024 auf bis zu 292 Euro monatlich erhöht worden.
- Das Inflationsausgleichsgesetz bringt 48 Millionen steuerpflichtigen Bürger:innen 2023 und 2024 zusammengerechnet Entlastung über insgesamt rund 50 Milliarden Euro. 2025 ist ein weiterer Inflationsausgleich geplant.
- Durch die Anhebung der Höchstgrenze für Midi-Jobs auf 2000 Euro werden viele Beschäftigte von Sozialbeiträgen entlastet. Außerdem wurden steuer- und abgabenfreie zusätzliche Zahlungen von Arbeitgeber:innen an ihre Beschäftigten ermöglicht.
- Mit Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme, drei Entlastungspaketen mit einem Volumen von fast 100 Milliarden Euro und einem umfassenden Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro wurden die gestiegenen Energiekosten infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine und die Folgen für Verbraucher:innen sowie für Unternehmen abgefedert.

48 Mio.
steuerpflichtige Bürger:innen profitieren über das Inflationsausgleichsgesetz 2023 und 2024 zusammengerechnet von Entlastungen über 50 Milliarden Euro.

744 €
mehr pro Jahr erhält eine Familie allein durch die Kindergelderhöhung auf 250 Euro monatlich für jedes Kind.

Die vorrangigen Handlungsfelder im Rahmen des Kita-Qualitätsgesetzes

Nach den Planungen der Länder verteilen sich die Mittel auf die Handlungsfelder wie folgt:



Gleiche Chancen für alle Kinder

Gute Kitas und Schulen für Bildung und Teilhabe

Damit Kinder gute Chancen im Leben unabhängig von ihrer Herkunft haben, brauchen sie gute Kitas und gute Schulen. Alle Kinder, die eine Unterstützung benötigen, sollen diese auch erhalten.

- Mit dem Kita-Qualitätsgesetz unterstützt der Bund die Länder in den Jahren 2023 und 2024 mit insgesamt rund vier Milliarden Euro bei Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in der Kindertagesbetreuung. Der nächste Schritt für mehr Chancengerechtigkeit wird das geplante Qualitätsentwicklungsgesetz mit bundesweiten Standards für die Kindertagesbetreuung sein.
- Das Startchancen-Programm unterstützt gezielt Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler:innen. Dafür investieren Bund und Länder zusammen rund 20 Milliarden Euro in zehn Jahren. Es ist damit das größte Bildungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.
- Insgesamt gehen 2.060 Schulen zum 1. August 2024 an den Start, das sind mehr als doppelt so viele wie ursprünglich angedacht. Bis zum Schuljahr 2026/27 wird es in ganz Deutschland etwa 4.000 Startchancen-Schulen geben. Erstmals hängt die Höhe der Fördermittel, die ein Land vom Bund erhält, an den sozialen Rahmenbedingungen. Konkret wird hier der Anteil der Kinder und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Familien und mit Migrationshintergrund berücksichtigt.
- Mit der Kindergrundsicherung soll die Familienförderung gerechter und einfacher gemacht werden. Leistungen sollen leichter beantragt werden können. Das soll dazu beitragen, dass alle Kinder, die eine Unterstützung benötigen, diese auch erhalten.

20 Mrd.
für 4.000 Schulen
Mit dem Startchancen-Programm wird massiv in Schulen in sozialen Brennpunkten investiert.

Mehr Bafög für mehr Studis Höhere Förderung, mehr Geförderte

Die Chance auf ein Studium darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen. Deshalb wurde das Bafög deutlich erhöht und deutlich mehr Menschen einen Anspruch auf Förderung gegeben. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag gegen den Fachkräftemangel geleistet.

- Die Bedarfssätze wurden zweimal erhöht, in einem ersten Schritt um 5,75 Prozent und in einem weiteren Schritt zum Wintersemester 2024/2025 um weitere fünf Prozent auf 475 Euro pro Monat. Der Wohnkostenzuschlag erhöht sich ebenfalls zum zweiten Mal und stieg damit insgesamt von 325 auf 380 Euro. Zusammen mit erhöhten Kranken- und Pflegeversicherungszuschlägen steigt der Förderhöchstsatz damit ab dem Wintersemester auf 992 Euro – ein Plus von 15 Prozent seit Mitte 2022.
- Auch die Elternfreibeträge steigen schon zum zweiten Mal an: um 5,25 Prozent, nach einem ersten Plus von 20,75 Prozent im Winter 2022. Dadurch wird das Bafög weiter geöffnet und mehr Menschen haben einen Anspruch.
- Die Altersgrenze für den Ausbildungsbeginn wurde auf 45 Jahre angehoben. Die digitale Antragstellung ist jetzt einfacher. Die Möglichkeit, Restschulden nach 20 Jahren zu erlassen, wurde ausgeweitet.
- Die Vermögensfreibeträge sind gestiegen: für unter 30-Jährige auf 15.000 Euro, ab einem Alter von 30 Jahren auf 45.000 Euro.
- Künftig können Studienanfänger:innen, die etwa Bürgergeld oder Wohngeld beziehen, eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Ausgaben zu Beginn des Studiums erhalten. Wer nebenbei arbeitet, erhält höhere Freibeträge. Ein Minijob bleibt künftig anrechnungsfrei. Zudem kann ohne Angabe von Gründen ein Semester länger studiert werden, und ein Studienfachwechsel ist später im Studium möglich.
- Nach der Corona-Krise wurde ein sogenannter Nothilfemechanismus im Bafög verankert. Wer seinen Nebenjob in einer schweren Wirtschaftskrise verliert, kann dann Bafög beantragen, auch wenn vorher kein Anspruch bestand.

**Bafög-Höchstsatz
seit Mitte 2022:**

+ 15 %

Das Leben ist teurer geworden. Deswegen gibt es mehr Unterstützung.

**Freibeträge von
Elterneinkommen
seit Mitte 2022:**

+ 27 %

Damit bekommen deutlich mehr junge Menschen Bafög.

Ein Recht auf Ausbildung Mehr Fachkräfte für Deutschland

Deutschland braucht viele und gut ausgebildete Fachkräfte. Nur so kann der Wohlstand für alle gesichert werden und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufgestellt werden. Eine Ausbildungsgarantie unterstützt junge Menschen auf dem Weg ins Berufsleben, Beschäftigte werden durch geförderte Weiterbildungen für die Arbeit von morgen fit gemacht.

- Wer keinen betrieblichen Ausbildungsplatz findet und in einer Region mit zu wenig Ausbildungsplätzen wohnt, hat im Rahmen der Ausbildungsgarantie Anspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung in einem Kooperationsbetrieb. Hier können die Auszubildenden zudem durch sozialpädagogische Begleitung unterstützt werden.
- Junge Menschen werden bei der Ausbildungsplatzsuche unterstützt. Es werden Berufsorientierungspraktika in Ausbildungsbetrieben gefördert, bei denen sich junge Menschen praktisch erproben können und im besten Fall noch im selben Jahr eine betriebliche Ausbildung aufnehmen.
- Zudem werden Praktika gefördert, die den Einstieg in eine betriebliche Ausbildung vorbereiten, in einem Zeitraum zwischen vier und zwölf Monaten. Fahrtkosten können übernommen werden.
- Wer eine Ausbildung in einer anderen Region beginnt, kann einen Mobilitätzuschuss für zwei monatliche Familienheimfahrten im ersten Ausbildungsjahr erhalten.
- Weiterbildung wird in noch mehr Betrieben gefördert: die bestehende Förderung wird für alle Betriebe geöffnet. Zudem wird die Komplexität der Förderung reduziert und verbessert, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.
- Mit dem Qualifizierungsgeld wird ein neues Förderinstrument eingeführt, das Beschäftigte unterstützen soll, denen durch den Strukturwandel der Verlust ihrer Arbeitsplätze droht. Ihnen soll mit Weiterbildung und Qualifizierung eine zukunftssichere Beschäftigung im selben Unternehmen ermöglicht werden.

Mehr Fachkräfte nötig

Laut aktuellem Fachkräftemonitoring sind 2026 etwa

**240.000
Arbeitsplätze**

mehr zu besetzen, als Arbeitskräfte verfügbar sein werden. Für viele Betriebe ist die Suche nach Fachkräften schon heute eine existenzielle Frage.

Günstig reisen mit der Bahn Revolution im Nahverkehr

Seit dem 1. Mai 2023 gibt es das günstige Deutschlandticket. Damit können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr deutschlandweit genutzt werden. Das spart Pendler:innen bares Geld. In das Schienennetz wird massiv investiert.

- Mit dem Deutschlandticket kann man mit einem Einführungspreis von 49 Euro pro Monat bequem und unkompliziert in allen Verkehrsmitteln des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs durch ganz Deutschland fahren.
- Um die Finanzierung des Deutschlandtickets zu gewährleisten, stellt der Bund den Ländern 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Die Länder leisten einen Betrag in derselben Höhe.
- In vielen Bundesländern gibt es Vergünstigungen für bestimmte Gruppen wie Schüler:innen und Azubis. Zudem wird das Deutschlandticket für Studierende als Semesterticket im Solidarmodell zum monatlichen Preis von 29,40 Euro (= 40 Prozent Rabatt) angeboten. Das Deutschlandticket kann auch als Jobticket für maximal 34,30 Euro monatlich bezogen werden.
- Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, das Angebot im ÖPNV sowohl auf dem Land als auch in der Stadt auszubauen und zu verbessern.
- Es wird massiv in das Schienennetz investiert, die Bahn wird als klimafreundlicher Verkehrsträger gestärkt. Bis zu 45 Milliarden Euro werden zusätzlich in das Schienennetz investiert, um es zu modernisieren und auszubauen. Dadurch wird die Bahn zuverlässiger und pünktlicher. Das stärkt den Fern-, Regional- und Güterverkehr auf der Schiene.
- Langwierige und komplizierte Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau wichtiger Schienenstrecken werden einfacher und schneller gemacht.

11 Mio.
Bürger:innen sparen jeden Monat richtig Geld beim Bus- und Bahnfahren mit dem Deutschlandticket.

Höherer Mindestlohn hilft Beschäftigten ohne Tarifvertrag

Durch die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns wurde vor allem die Entlohnung von Beschäftigten ohne Tarifvertrag verbessert, denn diese sind rund dreimal so häufig von Niedriglöhnen betroffen wie Beschäftigte mit Tarifvertrag.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des WSI.

Mindestlohn erhöht Mehr Respekt für Millionen Beschäftigte

Wer den ganzen Tag arbeitet, verdient einen Lohn oberhalb der Armutsgrenze. Deshalb wurde der gesetzliche Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 auf zwölf Euro angehoben – eine Lohnerhöhung für mehr als sechs Millionen Beschäftigte. Auf Empfehlung der Mindestlohnkommission ist die Lohnuntergrenze zum 1. Januar 2024 auf 12,41 Euro gestiegen.

- Der gesetzliche Mindestlohn ist zum 1. Oktober 2022 auf zwölf Euro gestiegen. Wer Vollzeit arbeitet, verdiente danach rund 2.100 Euro brutto pro Monat (statt 1.700 Euro) – eine Lohnerhöhung von 22 Prozent. Ein Drittel der berufstätigen Frauen und der Beschäftigten in Ostdeutschland haben davon profitiert. Außerdem kam die Erhöhung besonders Berufsgruppen mit geringer Tarifbindung zugute, in denen oft weniger bezahlt wird, wie etwa in der Gastronomie oder im Einzelhandel.
- Nach der einmaligen Anhebung per Gesetz entscheidet wieder die von Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen besetzte Mindestlohnkommission über weitere Anpassungen des Mindestlohns.
- Zuletzt wurde der Mindestlohn auf Empfehlung der Kommission zum 1. Januar 2024 auf 12,41 Euro angehoben. Die SPD-Fraktion findet: Da ist noch Luft nach oben!
- Der Mindestlohn ist nur eine unterste Grenze für einen armutsfesten Lohn. Ziel der SPD-Fraktion bleibt es, die Tarifbindung in Deutschland insgesamt zu stärken – und damit die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten zu verbessern.

**Mehr als
6 Mio.
Menschen**
haben von der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro profitiert.

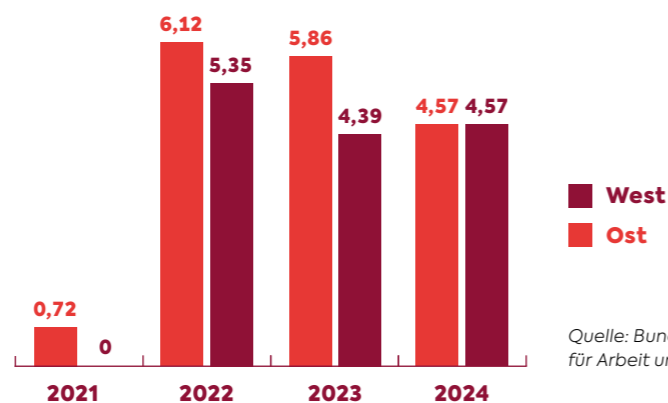
Die Renten steigen

Das Rentenniveau wird langfristig gesichert

Die Renten sind in dieser Legislaturperiode bereits mehrmals erhöht worden. Seit Mitte 2023 gilt ein gleich hoher Rentenwert in Ost und West. Außerdem wird das Rentenniveau langfristig bei mindestens 48 Prozent gesichert. Damit wird garantiert, dass die Renten auch künftig im Gleichklang mit den Löhnen steigen.

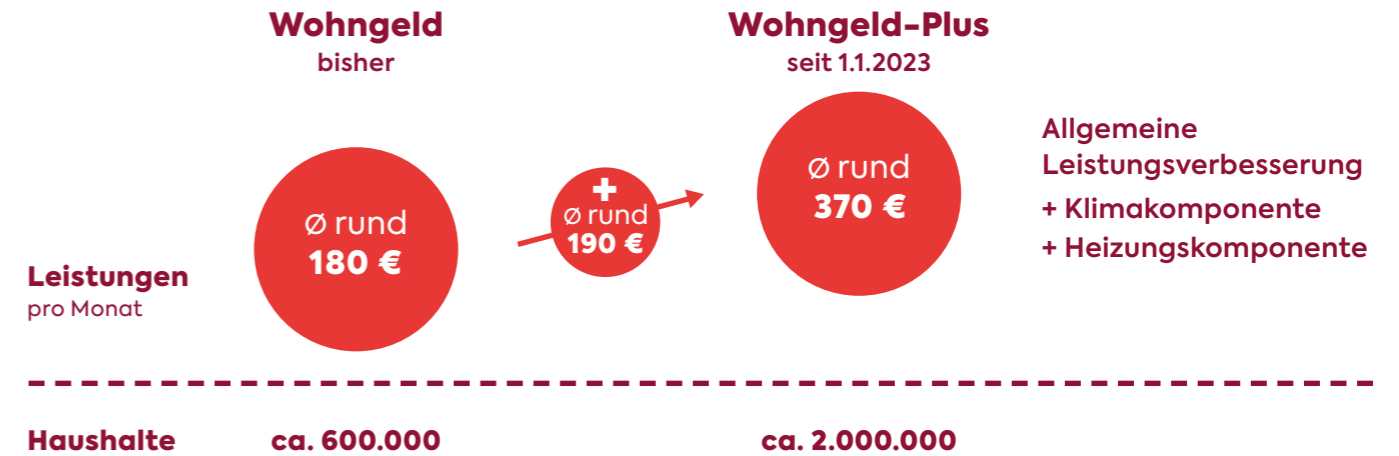
- Die Renten sind zum 1. Juli um 4,57 Prozent gestiegen. Bereits in den letzten beiden Jahren gab es deutliche Rentenerhöhungen. 2022 waren es im Westen 5,35 Prozent, im Osten 6,12 Prozent. Auch 2023 sind die Renten kräftig gestiegen (4,39 Prozent im Westen, 5,86 Prozent im Osten).
- Seit Juli 2023 gilt im Osten wie im Westen der gleiche Rentenwert. Wegen der höheren Lohnsteigerungen in den neuen Ländern wurde die Rentenangleichung Ost damit ein Jahr früher erreicht als geplant.
- Mehr Rente für Erwerbsgeminderte: Menschen, die wegen Krankheit frühzeitig in den Ruhestand wechseln, haben Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente. Rentner:innen, die diese bereits bekommen, erhalten ab 2024 einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent, der an die individuelle Rentenhöhe anknüpft.
- In der Koalition wird zur Zeit ein weiteres Gesetz zur Rente vorbereitet, das sogenannte Rentenpaket II. Um die Rente stabil zu halten, wird das Rentenniveau langfristig bei mindestens 48 Prozent gesichert. Damit wird sichergestellt, dass die Renten auch künftig Jahr für Jahr im Gleichklang mit den Löhnen steigen können.

Entwicklung der Rentenanpassungen in Deutschland 2021–2024 in Prozent



21 Mio. Rentner:innen

profitieren von einem stabilen Rentenniveau von mindestens 48 Prozent.



Quelle: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Bezahlbares Wohnen

Mehr Wohngeld, Unterstützung für Mieter:innen

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss bezahlbar bleiben. Deshalb wird der soziale Wohnungsbau gefördert und mit der Wohngemeinnützigkeit eine weitere Säule für mehr bezahlbaren Wohnraum geschaffen. Zudem wurde eine große Wohngeldreform auf den Weg gebracht.

- Mit Milliardeninvestitionen kurbelt die Bundesregierung den sozialen Wohnungsbau an. Dadurch werden die Länder bei ihrer Aufgabe unterstützt, sozialen, zukunftsgerichten und barrierefreien Wohnraum zu fördern. Der Bund wird den Ländern dafür im Zeitraum 2022 bis 2027 die Rekordsumme von 18,15 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.
- Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zur Miete oder für das selbstgenutzte Eigenheim, um Bürger:innen mit niedrigem Einkommen bei ihren Wohnkosten zu entlasten. Die SPD-Fraktion hat dafür gesorgt, dass die Zuschüsse steigen und mehr Menschen unterstützt werden.
- Der Kreis der Haushalte, die Wohngeld bekommen, wird erheblich vergrößert: von 600.000 auf zwei Millionen.
- Das Wohngeld wurde außerdem um eine dauerhafte Klima- und Heizkostenkomponente ergänzt. Statt bei 180 Euro liegt es nun im Schnitt bei 370 Euro pro Monat – das ist doppelt so viel wie bislang.
- Mit der neuen Wohngemeinnützigkeit sollen Soziale Unternehmen, Vereine und Stiftungen künftig vergünstigten Wohnraum bereitstellen können und dabei von den umfassenden Steuererleichterungen der Gemeinnützigkeit profitieren. Voraussetzung: Die angebotene Miete muss unter der marktüblichen Miete liegen.
- Zudem werden Anreize dafür gesetzt, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Jährlich können fünf Prozent der Investitionskosten abgeschrieben werden. Die Regelung gilt für alle Bauprojekte mit Baubeginn zwischen dem 1. Oktober 2023 und dem 30. September 2029.
- Die Mietpreisbremse wird bis 2029 verlängert. Dieses Instrument stärkt die Mieter:innen und sorgt dafür, dass die Miete bei Abschluss eines neuen Mietvertrags im Grundsatz nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf.

Bessere Krankenhäuser

Ein qualitativ hochwertiges Gesundheitswesen

Die Krankenhausreform wird die Qualität der Behandlungen verbessern und das Personal in den Krankenhäusern entlasten. Hausärzt:innen wird der Rücken gestärkt. Durch mehr und sichere Digitalisierung soll die Gesundheitsversorgung für Patient:innen einfacher, besser und transparenter werden.

- Die Krankenhäuser steigen aus dem „Hamsterrad“ der Fallpauschalen aus. Damit wird der seit langem kritisierte Effekt durchbrochen, aus wirtschaftlichen Erwägungen mehr Krankenhausfälle zu generieren.
- Stattdessen erhalten Kliniken Vorhaltepauschalen für die Leistungen, die sie anbieten. Dadurch verbessert sich die Qualität der Behandlungen und Krankenhäuser bieten nur das an, was sie am besten können. Somit bestimmt zukünftig Qualität und nicht mehr Quantität die Versorgung.
- Hausarztpraxen werden unterstützt und der Hausarztberuf für Medizinstudent:innen attraktiver gemacht. Künftig werden alle in den Praxen erbrachten Leistungen in voller Höhe von den Krankenkassen bezahlt. Bisher gab es Budgets mit Obergrenzen bei der Vergütung durch die Kassen, die nun wegfallen.
- Seit Januar 2024 gibt es ein Online-Infoportal, in dem die Patient:innen alle verfügbaren Krankenhausdaten einsehen können – so bekommen sie verlässliche Infos darüber, in welchem Krankenhaus die bestmögliche Behandlung zu erwarten ist.
- Mehr Digitalisierung soll die Gesundheitsversorgung für Patient:innen einfacher, besser und transparenter machen. Ab 2025 soll dazu allen gesetzlich Versicherten eine elektronische Patientenakte (ePA) zur Verfügung gestellt werden, sofern sie nicht widersprechen.
- Seit Januar 2024 wird zudem das E-Rezept flächendeckend etabliert und verbindlich.

**Rund
200 Mio.
E-Rezepte**

wurden bis Ende Mai eingelöst. Rund zwei Mio. pro Tag. Das E-Rezept gibt es seit dem 1.1.2024.

Gute Pflege

Pflege stärken, Angehörige entlasten

Gute Pflege hat auch ihren Preis. Umso wichtiger ist, dass die Solidargemeinschaft Pflegebedürftige und ihre Angehörigen unterstützt. Deshalb werden Pflegebedürftige entlastet und die Pflegeversicherung wird auf solide finanzielle Füße gestellt.

- Die Leistungen für häusliche Pflege steigen: Das Pflegegeld und die Pflegesachleistungen wurden zum 1. Januar 2024 jeweils um fünf Prozent angehoben. 2025 steigen diese Leistungen um weitere 4,5 Prozent. Wer Angehörige pflegt, kann das Pflegeunterstützungsgeld künftig häufiger in Anspruch nehmen.
- Der Anstieg der Eigenanteile von Pflegebedürftigen in Heimen wird erneut gebremst. Seit dem 1. Januar 2024 übernimmt die Pflegekasse höhere Beiträge. Im ersten Jahr der Heimunterbringung übernimmt die Pflegekasse nun 15 Prozent des pflegebedingten Eigenanteils, im zweiten Jahr 30 Prozent und im dritten Jahr 50 Prozent. Bei einer Verweildauer von vier und mehr Jahren werden 75 Prozent des monatlichen Eigenanteils von der Pflegekasse übernommen.
- Ab Juli 2025 wird der gemeinsame Jahresbetrag für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, das sogenannte Entlastungsbudget, für pflegende Angehörige eingeführt. Damit können Leistungen der Pflegeversicherung flexibler innerhalb des Budgets abgerufen werden. Für Eltern von Kindern und Jugendlichen unter 25 Jahren mit einer schweren Behinderung wurde es bereits zum 1. Januar 2024 eingeführt.
- Die Pflegeversicherung muss gleichzeitig aber auch zukünftig ausfinanziert sein. Angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen und der demografischen Entwicklung müssen die vorgenommenen Leistungsanpassungen bezahlbar gehalten werden. Der Beitragssatz wurde angepasst und richtet sich zukünftig stärker an der Anzahl der Kinder aus.

50 %
des pflegebedingten Eigenanteils
übernimmt die Pflegekasse im dritten Jahr
der Heimunterbringung.

Mehr Chancen mit dem Bürgergeld

Vermittlung in bessere Jobs

Wir bringen den Sozialstaat auf die Höhe der Zeit. Mit dem neuen Bürgergeld wird eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten 20 Jahre umgesetzt. Menschen in schwierigen Lebenssituationen werden bessere Chancen auf gute Arbeit gegeben.

- Mit dem Bürgergeld erhalten Menschen mehr Sicherheit, wenn sie in eine schwierige Lebenslage geraten. Wer Hilfe braucht, soll keine Angst mehr haben, die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren. Mit einer Karenzzeit für Wohnen und nicht erhebliches Vermögen wird dafür gesorgt, dass das Lebensumfeld erhalten bleibt und sich die Betroffenen auf die Arbeitssuche konzentrieren können. Wir sorgen für eine neue Kultur der Augenhöhe und des Respekts. Wir fördern eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bürgergeldbeziehenden und Jobcentern. Gemeinsam erarbeiten sie jetzt einen Kooperationsplan.
- Menschen mit dem Bürgergeld werden besser und gezielter in Arbeit gebracht, indem noch stärker auf Aus- und Weiterbildung gesetzt wird – auch durch finanzielle Anreize wie ein monatliches Weiterbildungsgeld. Vorrang hat nicht mehr die möglichst schnelle, sondern die möglichst langfristige Vermittlung in

Arbeit: Wer keinen Berufsabschluss hat, soll diesen nachholen können, statt kurzfristig eine Hilfstätigkeit übernehmen zu müssen. Mit einem neuen Coaching-Angebot und der Entfristung des sozialen Arbeitsmarktes werden Menschen unterstützt, die es besonders schwer haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

- Die Regelsätze wurden deutlich erhöht und dauerhaft krisenfest gemacht, in dem die Preisentwicklung künftig aktueller berücksichtigt wird. Seit dem 1. Januar 2024 beträgt der Regelsatz bei alleinstehenden Erwachsenen 563 Euro. Bei Paaren sind es je Partner:in 506 Euro. Außerdem wurden die Freibeträge erhöht: Wer durch eine Arbeit zwischen 520 und 1000 Euro verdient, kann jetzt mehr von seinem Einkommen behalten. Schüler:innen und Auszubildende, die mit ihren Eltern im Leistungsbezug in einer Bedarfsgemeinschaft leben, dürfen von ihren Ferienjobs mehr Geld behalten.

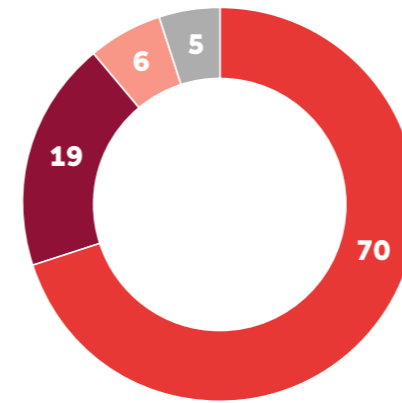
Lohnabstand bleibt nach Bürgergeld-Erhöhung gewahrt

Einkommen mit und ohne Erwerbstätigkeit ab 2024			
	Haushaltseinkommen bei Bürgergeld (pro Monat)	Haushaltseinkommen bei Mindestlohn (netto, pro Monat)	Differenz (pro Monat)
Single	966 €	1.498 €	532 €
Alleinerziehende, 1 Kind (14–17 Jahre)	1.693 €	2.328 €	635 €
Familie, 3 Kinder (14–17 Jahre)	3.514 €	3.943 €	429 €

Im Fall „Mindestlohn“ wird beim Haushaltseinkommen von einer Wochenarbeitszeit von 38,32 Stunden zum Mindestlohn von 12,41 Euro ausgegangen. Insofern ein Anspruch besteht, wird Kindergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag (inkl. Sofortzuschlag) und im Falle der Alleinerziehenden Unterhaltsvorschuss bezogen.

Im Fall „Bürgergeld“ ergibt sich das verfügbare Einkommen aus den Leistungen des Bürgergeldes ggf. zuzüglich des Sofortzuschlags. In beiden Fällen wurden identische Mieten und Mietbestandteile (Bruttokaltmiete, Heizungskosten) unterstellt.

Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Oktober 2023



Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte 2023

in %, insgesamt 83,9 Millionen

- 70% Ohne Einwanderungsgeschichte
- 19% Eingewanderte
- 6% Nachkommen
- 5% Mit einseitiger Einwanderungsgeschichte

Quelle: Destatis, 2024

30 %

der 2023 in Deutschland lebenden Menschen haben eine Einwanderungsgeschichte.

Wir gehören zusammen

Neues Staatsangehörigkeitsrecht

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht erleichtert die Einbürgerung. Damit wird ein starkes Signal an Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte in unserem Land gesendet: Ihr gehört dazu!

- Gut integrierte Menschen mit Einwanderungsgeschichte können nun schon nach fünf statt nach acht Jahren eingebürgert werden, bei besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren. Damit wurden wichtige Anreize zur Integration geschaffen.
- Mehrstaatigkeit wird generell ermöglicht. Dadurch werden die Lebensrealitäten vieler Menschen anerkannt, die künftig nicht mehr einen Teil ihrer Identität aufgeben müssen. Ein modernisiertes Staatsangehörigkeitsrecht wurde auch für gebürtige Deutsche geschaffen, damit auch sie eine weitere Staatsbürgerschaft erhalten können, ohne wie bisher ihre deutsche Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen. Das ist in vielen anderen Ländern bereits gelebtes Recht.
- Die Lebensleistung der Gastarbeiter:innen und der „Vertragsarbeiter:innen“ wird anerkannt, indem ihnen die Einbürgerung erleichtert wurde: Für sie gelten nun weniger strenge Regeln bei der Lebensunterhaltssicherung und beim Sprachnachweis. Auch müssen sie einen Einbürgerungstest mehr machen.
- Mit einem modernisierten Staatsangehörigkeitsrecht und der damit verbundenen Möglichkeit, sich hier schneller und nachhaltiger zu integrieren, wird auch unsere Stellung im globalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte verbessert. Denn unsere wirtschaftliche Entwicklung und unser Wohlstand hängen vom Gewinn dringend benötigter Arbeitskräfte auch aus dem Ausland ab.
- Klar ist dabei immer: Rassismus, Antisemitismus oder jede andere Form von Menschenfeindlichkeit stehen einer Einbürgerung entgegen – da gibt es keinerlei Toleranz.

Digitalisierung für alle Die bürgernahe Verwaltung stärken

Jede:r Bürger:in soll unkomplizierten digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen erhalten. Zudem wird die digitale Infrastruktur massiv ausgebaut – damit jede:er einen guten Internetanschluss erhält – auch auf dem Land.

- Das reformierte Onlinezugangsgesetz ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer modernen und bürgernahen Verwaltung.
- Das Gesetz schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine schnellere Digitalisierung der Verwaltung. Mit einheitlichen Standards sowie der zentralen Bereitstellung von IT-Komponenten – wie der Authentifizierung beim Online-Antrag oder zur Bezahlung – sollen Verwaltungsleistungen unkompliziert online erledigt werden können.
- Das Schriftformerfordernis wird umfassend durch digitale Anträge ersetzt, wodurch behördliche Anliegen vollständig elektronisch erledigt werden können, ohne dass eine zusätzliche Unterschrift oder ein physisches Dokument erforderlich ist.
- Eingeführt wird ein zentrales digitales Bürgerkonto (DeutschlandID), über das die gesamte Kommunikation mit der Verwaltung sicher und digital erledigt wird – vom Antrag bis zum Bescheid.
- Bürger:innen wird ab 2029 ein verbindlicher Rechtsanspruch auf elektronischen Zugang zu den Verwaltungsleistungen des Bundes eingeräumt.
- Auch bei der digitalen Infrastruktur gibt die Regierung Gas: Das Ziel ist, bis Ende 2025 50 Prozent der Haushalte und Unternehmen über Glasfaser an das Netz anzuschließen. Im Mobilfunk soll möglichst bis 2026 eine flächendeckende, unterbrechungsfreie Sprach- und Datenkommunikation erreicht werden.
- Bis zum Jahr 2030 will die Bundesregierung Glasfaser bis ins Haus und den neuesten Mobilfunkstandard überall dort, wo Menschen leben, arbeiten oder unterwegs sind.
- Aktuell ist 97 Prozent der Fläche Deutschlands mit 4G und 91 Prozent mit 5G durch mindestens einen Netzbetreiber versorgt.

Aktuell ist
97%
der Fläche
Deutschlands
mit 4G
versorgt.

Unsere Erfolge 2023 / 2024

In den letzten Monaten hat die Ampel-Koalition vieles auf den Weg gebracht. Von Entlastungen für Beschäftigte über Unterstützung für Student:innen und Kinder sowie massive Investitionen in Infrastruktur und die Energiewende bis hin zur besseren Steuerung der Migration.

So wurde ein **höheres und besseres Bafög** beschlossen, das mehr Studierenden mehr Geld bringt, und das Startchancenprogramm, das ganze 20 Milliarden Euro 4000 Schulen in sozial benachteiligten Lagen zur Verfügung stellt.

Das **Postgesetz** schafft besseren Schutz für Beschäftigte von Paketdiensten, indem Subunternehmen der großen Paketdienstleister und deren Auftragnehmer künftig engermaschiger und schärfer auf die Einhaltung von Mindestlohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften hin überprüft werden.

Die **Vergütung von Betriebsrät:innen** wurde rechtsicher geregelt, indem die Regeln für die Festlegung von Vergütungen präzisiert wurden.

Die **Energiewende** wurde massiv vorangebracht: 2023 konnte Deutschland seinen Bruttostromverbrauch erstmals mehr als zur Hälfte mit erneuerbaren Energien decken. Der Anteil stieg bis Juli 2024 auf 58 Prozent an. Der Ausbau und die Nutzung der Erneuerbaren wie Photovoltaik, Windkraft und Wasserstoff werden weiter gefördert.

Das **Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen**, von Anlagen zur Herstellung von **grünem Wasserstoff** sowie für den Umbau der Industrie werden beschleunigt, ohne Umweltstandards abzusenken.

Die **Kommunen** wurden fit gemacht für die **Wärmewende**. Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral heizen. Damit Hauseigentümer:innen, Unternehmen und Energieversorger wissen, welche Möglichkeiten für erneuerbares Heizen bestehen, werden alle Städte und Gemeinden in Deutschland in den kommenden Jahren **konkrete Wärmepläne** entwickeln – zur Unterstützung erhalten sie zwischen 2024 bis 2028 jährlich rund 100 Millionen Euro.

Außerdem investiert die Koalition massiv ins **Schiennetz und stärkt die Schiene** als klimafreundlichen Verkehrsträger. Autobahnbrücken können schneller erneuert, beschlossene Neubauprojekte sowie zentrale Straßenbauprojekte zügiger umgesetzt und genehmigt werden.

Zudem wurde die **Migration** geregelt – und es wurde ein **modernes Einwanderungsrecht geschaffen**. Die Verfahren für Arbeits- und Fachkräfte wurden vereinfacht und beschleunigt. Gleichzeitig wurden schnelle und geordnete Verfahren für die Menschen geschaffen, die bei uns Schutz suchen. Wer Schutz braucht, soll ihn erhalten. Wer kein Anrecht auf Asyl hat, muss konsequent zurückgeführt werden. Dies betrifft insbesondere die Rückführung von Straftätern und Gefährdern.

Das **Selbstbestimmungsrecht von Frauen** wurde gestärkt, indem **frauenfeindlichen Gehsteigbelästigungen** ein Riegel vorgeschoben wurde. Schwangere Frauen in Not- oder Konfliktlagen werden auf ihrem Weg zu Beratungsstellen immer wieder von Abtreibungsgegnern belästigt und unter Druck gesetzt. Künftig wird eine solche Belästigung mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro sanktioniert.

Die **Landwirtschaft** wird gestärkt, indem sie **vor unfairem Verhalten** durch den Lebensmittelhandel geschützt wird. Zudem wird in einem erheblichen Umfang Bürokratie abgebaut, und Landwirt:innen werden steuerlich bessergestellt.

Eine **komplette Übersicht** über unsere Erfolge gibt es hier: www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen



Eine epochale Wende

Die Energiewende ist eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte – Von Nina Scheer



Nina Scheer,
MdB

Mitte des Jahres 2024 werden bereits rund 60 Prozent des deutschen Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Über 150 Milliarden Kilowattstunden emissionsfreier Strom aus Sonne, aus Wind an Land und auf See, aus Biomasse-Anlagen und aus Wasserkraft. In diesen Zahlen zeigt sich der Erfolg der Energiewende und liegt die Garantie für dauerhaft bezahlbare Energie für alle.

Die Vollversorgung durch Erneuerbare Energien rückt in greifbare Nähe. Nicht das Ob, sondern die Bereitschaft zur Beseitigung von Hemmnissen entscheidet über die Realisierbarkeit von 100 Prozent Erneuerbaren Energien. „Knapp sind nicht die Erneuerbaren Energien, knapp ist die Zeit“, sagte bereits der verstorbene SPD-Politiker Hermann Scheer, der zu den Vätern und Müttern des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gehört.

Das alles war kein Selbstläufer, sondern ist das Ergebnis von unnachgiebiger politischer Arbeit insbesondere sozialdemokratischer Energiepolitik. Die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes unter Rot-Grün im Jahr 2000, das Hermann Scheer maßgeblich gestaltete, war eine Zäsur mit weltweiter Nachahmung in der Dimension einer epochalen Wende.

Das deutsche Wort „Energiewende“ wurde fortan international unübersetzt verwendet. Hermann Scheer konzipierte auch die IRENA, die als Regierungsorganisation für Erneuerbare Energien einen internationalen Anker bildet.

Mit der gesicherten Einspeisevergütung konnten sich die Erneuerbaren Energien in zwei Jahrzehnten zum auch marktseitig kostengünstigsten Energieträger entwickeln. Je erfolgreicher sie wurden, desto stärker drangen aber auch Verhinderungsinstrumente in den Vordergrund, die teilweise bis heute wirken.

Es folgten lange Jahre mühseliger Kämpfe in Großen Koalitionen, in denen die SPD-Fraktion um Dinge wie die Abschaffung des „Solar-Deckels“ oder gegen die Einführung pauschaler „Verhinderungsabstände“ für Windenergie kämpfen musste.

Es wurde bereits unter Schwarz-Gelb (2009–2013) zudem unterlassen, rechtzeitig auf die gezielte und massive Marktverdrängung Chinas zu reagieren, was bei Wind und Solar den Verlust zehntausender Arbeitsplätze und von lokaler Wertschöpfung nach sich zog. Eben jene Arbeitsplätze, die die Menschen in der Fläche an der gelingenden Energiewende teilhaben ließ. Einige von den dann arbeitslos gewordenen sind nun am rechten Rand wiederzufinden.

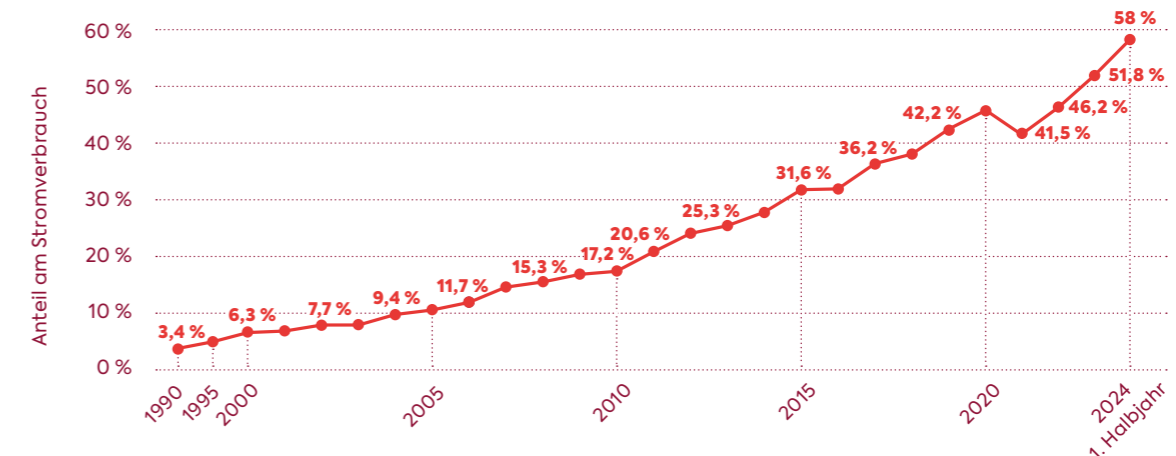
In der SPD-geführten Ampelregierung ist nun durch eine Vielzahl neuer Gesetze ein fulminanter Neustart der Energiewende gelungen. Die Ausbauzahlen bei Photovoltaik-Anlagen haben bereits einen Rekordwert erreicht, die Genehmigungszahlen für Windkraftanlagen ebenfalls und beim notwendigen Netzausbau gibt es eine Vervielfachung in Genehmigung, Planung und auch Bau. Dies zeigt: Entscheidend ist der politische Wille – ist die politisch entschiedene Umsetzung. Die geschaffene Investitionssicherheit gilt es nun zu erhalten und auf die verbleibenden Schritte der Transformation auszuweiten.

Energiegewinnung und -versorgung mit Erneuerbaren Energien ist von Grund auf ein soziales und ein demokratisches Projekt. Und das liegt an ihrer dezentralen Nutzbarkeit. Die Kommunen stehen für Daseinsvorsorge, der Landwirt wird zum Energiewirt, der Architekt baut die Energiegewinnung planerisch ein; selbst Mieter:innen können teilhaben und sei es über das Balkonkraftwerk bzw. das Steckersolargerät, für das wir als Ampel soeben die letzten Hürden genommen haben.

Es gelingt dabei zudem die Beendigung von Ewigkeitslasten, wie sie unausweichlich mit Atomenergienutzung, aber auch bei Kohleabbaugebieten entstehen; und es gelingt die Beendigung von Klimawandelfolgeschäden. Es gelingt auch die Beendigung von erpresserisch einsetzbaren Importabhängigkeiten.

Die Energiewende ist aber vor allem auch ein soziales Projekt, und zwar im Sinne von Wohlstand und von guter

Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch in Deutschland in den Jahren 1990 bis zum Halbjahr 2024



Quelle: BDEW, ZSW, Statista 2024
Stand: Juli 2024

Arbeit. Weltweit verzögern sich Atomenergieprojekte; die Kosten explodieren. Und es gibt immer noch kein sicheres Endlager. Die Energiepreiskrise in Folge des Ukraine-Kriegs ist eine Krise der fossilen Energieträger. Es ist die Abhängigkeit von Kohle, Öl und Gas, die die Energiepreise explodieren ließ, nachdem Lieferungen aus Russland ausblieben, was viele Haushalte in finanzielle Nöte trieb.

Unabhängig von vermiedenen Folgeschäden, stehen Erneuerbare Energien heute bereits für die geringsten Stromentstehungskosten. Es ist somit auch sozialpolitisch geboten, den Menschen den Zugang zu Erneuerbaren Energien zu ermöglichen.

Dies ist auch wirtschaftspolitisch sinnvoll, denn die niedrigen Kosten der Erneuerbaren Energien sind längst ein Standortfaktor. Energieintensive Produktionsstätten wählen Gegenden mit Zugang zu günstiger grüner Energie. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist damit auch eine Politik für zukunftssichere Arbeitsplätze mit guten Löhnen.

Das ist Sozialpolitik im besten Sinne: die Ermöglichung von gleichwertigen Lebensverhältnissen durch ungehinderten sowie gesicherten Zugang zu Energie. Unsere Aufgabe ist nun, Marktverzerrungen abzuwehren und auch den systemischen Umstieg auf Erneuerbare Energien zu vervollständigen. Hierfür wird am neuen Strommarktdesign und etwa einem Kapazitätsmechanismus gearbeitet. Dies ist auch eine Aufgabe entsprechend auszugestaltender Handelsabkommen.

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien beseitigt zugleich Ressourcen-Abhängigkeiten, zumal von demokratiefeindlichen Autokratien. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien vermeidet weitere Ausbeutung von Umweltressourcen und auch Kriege um Öl und Gas.

Indem wir mit der Ampel-Koalition den Ausbau Erneuerbarer Energien als überragendes öffentliches Interesse und als der öffentlichen Sicherheit dienend definiert haben, wirkt die gesamtgesellschaftliche Bedeutung nun auch in die Tiefe. Durch die Beseitigung von Genehmigungshemmnissen und durch eine Vielzahl weiterer Beschleunigungsfaktoren geht der Ausbau sowohl von Erneuerbaren Energien als auch von Netzen inzwischen massiv voran.

Es ist dabei auch unsere Aufgabe, die Finanzierung sicherzustellen, sodass die Marktakteure sichere Investitionsbedingungen vorfinden. Nach meiner Überzeugung bedarf es hierfür eines Sondervermögens Klimaschutz und Transformation, und auch die Reform der Schuldenbremse ist notwendig.

Es ist die Verantwortung des Staates, die Chancen der Energiewende für die Gesellschaft umfänglich und vollständig schnellstmöglich nutzbar zu machen und sie als Frage von Sicherheit und Wohlstand zu behandeln. Dazu zählt auch, die hierfür erforderlich werdenden Transformationsleistungen zu ermöglichen und dabei den systemischen Umstieg auf die fluktuierenden Eigenschaften Erneuerbarer Energien vorzunehmen – und zwar in und für alle Sektoren.

Dieser Verantwortung gilt es auch gesetzlich gerecht zu werden, damit die Chancen der Energiewende umfassend und beschleunigt Realität werden können.

So sind klimagerechter Wohlstand, zukunftssichere Arbeitsplätze, bezahlbare und verfügbare und damit gerechte Energie für alle in Generationenverantwortung zu erreichen sowie die Befreiung der Abhängigkeit von fossilen Energien und Vermeidung von Kriegen um fossile Ressourcen. Kurzum: Energiewende mit und durch Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

75 Jahre SPD-Bundestagsfraktion



Geschichte in Stichworten



75 Jahre SPD-Bundestagsfraktion

Die Broschüre zum Jubiläum.
Jetzt kostenlos bestellen:
www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen



-  www.spdfraktion.de/instagram
-  www.spdfraktion.de/facebook
-  www.spdfraktion.de/tiktok
-  www.spdfraktion.de/youtube
-  www.spdfraktion.de/x